

für Halle vierteljährlich bei postmässiger
Zahlung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., einschliesslich Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.

Für unentgeltlich eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Beitung“ gestattet.

Herausgeber der Redaktion Nr. 1140:
der Geschäftsstelle Nr. 1132:
Kriegsmarktschlichterische Geschäftsstelle
Königsplatz 63, 1. Etage, Telefon Nr. 591 u. 178

Saale-Beitung.

Druckblatt vierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren
Raum mit 20 Bsp. höher als bei Seite mit
20 Bsp. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichstr. 63, 1. vom aus
unserer Annahmestellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Seite 75 Bsp. für Halle
und auswärts 1 M.
Erhalten nicht jenseit,
Sonntags und Feiertags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle Halle, Gr. Ulrichstr. 17.
Verlags-Geschäftsstelle Gr. Ulrich-
str. 63, 1. Etage, Telefon Nr. 591 u. 178

Abg. Wiemer gegen Bethmann Hollweg.

9. Sitzung vom Freitag, 10. Dezember.

Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann Hollweg, Wermuth,
v. Tirpitz, v. Springen, v. Schin, Dornburg, Dierich, Kräfte usw.
Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr
15 Min.

Die schwebenden Anträge der Sozialdemokraten auf Ein-
stellung von Strafverfahren gegen die Abg. Ged und
Emmel für die Dauer der gegenwärtigen Tagung werden an-
genommen.

Die erste Lesung des Etats.

(Zweiter Tag.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Vp.):

Wir haben ein allgemeines Programm nicht erwartet
und sind deshalb auch nicht enttäuscht worden, obwohl
wir es an sich für wünschenswert halten, daß der leitende Staats-
mann ein bestimmtes klares Programm mit festen
Zielen der Volkswirtschaft vorlegen kann. (Beifall links.)
Aber wir konnten uns lebhaft denken, daß Herr v. Bethmann-
Hollweg, der in der Wladara als Hauptmitarbeiter des Billow-
Blats tätig war, bei so völlig veränderter Sachlage vor diesem
Haufe ein allgemeines Programm nicht entwickeln wird. Wo-
her eins nehmen, wenn er nicht von vornherein es mit
seiner neuen Mehrheit verbinden will? (Sehr gut! links.) Wir
verleugern auch nicht die Schwierigkeit. Die Verhältnisse
haben sich geändert. Aber nachfolgenden über parteipoliti-
sche Berührung und väterliche Mahnungen an die
Parteien nügen auch nichts. (Sehr richtig! links.) Herr
v. Bethmann Hollweg hatte recht, wenn er sagte: Ihr dürft nicht
unfähig sein, es gibt einen Zwang zum Schaffen. Das
wird niemand bestritten. Es gibt sicherlich niemanden, der es
ablehnen würde, an den weiteren Arbeiten der Reichsstaats-
regierung teilzunehmen. Aber das fordert geradezu die Widerspruch
heraus, wenn der Reichstagler bemerkt möchte, daß im
Dezember verjessen sein soll, was sich im Juli ereignet hat.
(Beifall Zustimmung links.) Herr v. Bethmann Hollweg sucht
seinen Vorteil darin, den Gegenstand, der sich infolge der neuen
Steuern entwickelt hat, für alle Ewigkeit auf unsere ge-
samte politische Entwicklung wirken zu lassen. Für alle Ewigkeit
— das glaube auch ich nicht. Er scheint den Begriff Ewigkeit
etwas kurz zu fassen. Aber er täuscht sich, wenn er glaubt, daß
die tieferliegenden Gegenstände, die durch die Finanzreform hervor-
gerufen sind, in die weitesten Volksteile in berechtigte Erregung
versetzt haben, im Sande und gehen aus der Welt ge-
schäftlich werden können, wenn es der Regierung und der neuen
Mehrheit gefällt, den Satz zu proklamieren, daß jetzt Ruhe
die erste Bürgerpflicht ist. (Sehr gut! links.) Der
Reichstagler sprach von dem Radikalismus, der ein leb-
haftes Interesse daran habe, daß Deutschland in zwei politische
Lager geteilt werde, je nach der Stellung der Partei zu den
letzten Steuervorlagen. Er zielt offenbar auf die Sozialdemo-
kratie; aber der Sozialdemokratie würde am meisten gebietet,
wenn die liberalen Parteien der Mahnung des Reichstanzlers
folgen und die Kritik an solchen Maßnahmen lediglich der
äußersten Linken überlassen wollten. (Beifall Beifall links.)
Weiter sprach der Reichstanzler von einer Politik der
Flexibilität und Stetigkeit nach innen und nach außen.
Aber dieses Wort nimmt sich doch etwas eigenartig aus im
Munde des Chefs einer Regierung, die ihre Stellung
ständig zu wackeln und in ihren eigenen Ansichten Stetigkeit
und Flexibilität hat vernichten lassen. (Beifall Beifall links;
Beifall rechts und im Zentrum.) Die Tatsache, daß die Regie-
rung sich der neuen Mehrheit unterworfen hat, wird nicht
aus der Welt geschafft durch Lachen, noch durch philoso-
phische Erörterungen, noch durch die Versicherung, daß wir
in Deutschland niemals eine Parteiregierung hatten. (Sehr
richtig! links.)

Was heißt Parteiregierung?

Nach unserer Auffassung soll eine Regierung aller-
dings das ausführende Organ der Mehrheit in
der Volkswirtschaft sein. Der Abg. Erzberger hat
leiderhin bemängelt, daß von den neuen Ministern keiner aus
den Reihen des Parlaments genommen sei. Das ist berechtigt.
Ich will ja nicht unterfragen, an wen Herr Erzberger dabei ge-
meint hat. (Beifall rechts.) Ich glaube, daß die Herren, die er im
Auge hat, uns nicht gefallen würden. Aber konstitutionell ist
es höher, wenn aus dem Parlament die Männer genommen
werden, die die Geschichte im Einklang mit der jeweiligen Mehr-
heit zu führen haben. (Beifall links.) Ist es denn wirklich wahr,
daß wir in Deutschland keine Parteiregierung
haben? Wir haben eine Parteiregierung, nur daß sie sich
nicht auf die Mehrheit stützt. (Sehr wahr! links.) Im Preußen
beruht die konservative Partei, obgleich auch sie für sich allein
nicht die Mehrheit besitzt, und sie versteht es, ihren Einfluß
 geltend zu machen. Auch auf die Reichsregierung, wie wir bei
der Finanzreform zur Genüge erfahren haben. Die Herren vom
preussischen Landtag, die konservativen Lords, an ihrer Spitze Herr
v. Heusinger, haben es verstanden, den Sturz des Billow-
Blats um demselben herbeizuführen, weil er es abgelehnt hat,
sich als Minister der konservativen zu sein.
(Lachen rechts, sehr richtig! links.) Der neue Reichstanzler hat
offenbar das Bestreben erkennen lassen, Beifall rechts
und beim Zentrum zu finden, und das ist ihm auch in

hohem Maße gelungen. Er hat sogar auf den Wirt der kon-
servativen Presse die Regierung einschuldig gegenüber dem Vor-
wurf, daß sie nicht in die Reichsstaatsreform eingegriffen und
nicht genügend für Aufklärung gesorgt habe. Aber seine Ent-
schuldigung hat der Rechten nicht genügt, und Herr v. Hertling,
auch nicht. Wie schnell sich die Seiten ändern und die Menschen
mit ihnen! Ich hätte das Zentrum fragen mögen, wie es vor-
dem verlangt hätte, für Aufklärung zu sorgen. (Sehr gut! links.)
Ich finde, daß von der Regierung eher zu viel als zu wenig an
solcher Aufklärung geleistet worden ist.

Ich finde, daß die Aufklärungsarbeit nichts weiter ist als
eine einseitige Stimmungsmache zugunsten der
konservativen und des Bundes der Landwirte.
(Sehr richtig! links.) Der Herr Reichstanzler hat sich gegen
die Behauptung gewandt, daß in der Thronrede keine Fragen
von hochpolitischer Bedeutung angeklagt worden seien. Ich will
die Bedeutung der angeklagten Vorlagen nicht unterschätzen,
aber in der Hauptfrage sind es doch Arbeiten, die herüber-
genommen sind aus der vorigen Session und die deshalb keinen
Schluss auf den Kurs des neuen Regimes zu-
lassen. (Sehr wahr! links.) Mit dem etwas nüchternen An-
satz der Thronrede steht doch der Punkt in keinem Verhältnis,
der bei der Reichsstaatsreform enthalten wird. Ich halte mich
nicht auf über das militärisch-hilfliche Zeremoniell, aber ich muß
es doch aussprechen, daß von vielen Abgeordneten es als hoch-
bedauerlich empfunden wird, wenn bei dieser Ge-
legenheit

der leitende Staatsmann in Uniform

erscheint. (Beifall anhaltende Zustimmung links. Lachen
rechts.)

Ob Generalmajor oder Major: ich meine, der Herr
Reichstanzler ist bei dieser Gelegenheit nicht Soldat, (Lebhafter
Staatmann und die Uniform konnte er zu Hause lassen. (Lebhafter
Zustimmung links.)

Rebner erinnert ferner an die Verhandlungen des Reichs-
tages in voriger Tagung über Fragen des Verfassungslebens.
Wir seien in voriger Tagung ungewissheit konstitutionell etwas
weitergekommen. Wir hoffen jetzt, daß die betreffenden Anträge
in der jetzigen Tagung ihre glückliche Erledigung finden. Sollen
müsse er aber auch, daß wir da auch in Preußen etwas weiter-
kommen. Vor allem mit der Reform des Wahlrechts.
Die Thronrede, in der uns diese Reform anvertraut sei, habe sie als
eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet, und
mit Recht. Von konservativer Seite sei füglich gesagt worden,
was er wage, in diesem Punkte an der Verfassung zu rühren,
treibe ein freventliches Spiel! Diese Herren (nach rechts) sprachen
jwar von der Verfassung, meinen dabei aber nur den Schutz
ihrer eigenen Interessen! (Unruhe rechts, Beifall
links.) Das Zentrum verlangt durch den Mund des Herrn
v. Hertling konfessionelle Gleichberechtigung. Eine solche wollen
auch wir. Aber wir möchten doch wünschen, daß das Zentrum
auch im Bereiche seiner Einflusssphäre in anderen Staaten für
konfessionelle Gleichberechtigung zu sorgen lie, wie hier! Das
wird in nächster Zeit von neuen Steuern verschont bleiben, diesen
Wunsch des Herrn v. Hertling teilen auch wir. Aber wir fordern
allerdings zugleich, daß die schismatischen Auswüchse der letzten
Finanzreform beseitigt werden und daß deren Erlaß erfolge durch
bessere Steuerformen.

In London

war es neulich sogar ein Minister, Lord George, der
den antijonischen Zug des Oberhauses ligamantierte und den oberen
Klassen nachsagte, sie hätten, obwohl sie mit Glücksgütern ge-
legnet seien, kein Herz für die ärmeren Schichten. Dem Herrn
Reichstanzler mag ja diese „gemüzte Rolle“ seines englischen
Kollegen nicht gerade Behagen bereiten. In jenem Mutterlande
des Konstitutionalismus ist man aber nicht so simpliciter im
Anstragen von Gegenständen, wie bei uns. Auch bei uns ist es
gut, vorhandene Gegenstände offen und klar zum Ausdruck zu
bringen. Was den neuen Etat anlangt, so gehe ich zu, daß die
Erklärungen der Einmachten aus den neuen Steuern vorzüglich
gehalten sind. Bei den Herren rechts zeigt sich, wie ein Antrag
berücksichtigt beweist, ein neuvermehnte Interesse für unsere Expor-
tindustrie. Das ist sicherlich anerkennenswert. Aber ich kann da
doch nicht verschweigen, daß diese unsere Exportinteressen doch
hauptsächlich durch den von jenen Herren geförderten Hochzoll-
schutz geschützt worden sind. Weiter berührt Rebner sozial-
politische Fragen, so die des Zwangsarbeitsnachwuchses der Zehner-
besteller im Aufgrosener und die neue Reichsstaatsreform.
Das Borgehen gegen den Oberparlamentarismus, das Vor-
gehen des Herr. Beamtenverbandes, werde von keiner Partei
entschieden genehmigt. Der Begriff der Disziplin dürfe nicht
bergestalt überspannt werden. Das Vorhaben der Regierung,
fortan iparlam zu wirtschaften, sei zu begrüßen. Bei der Marine
könne noch parlamentarisch getrieben werden, mauser Komfort ab-
geschafft werden. Bei den Werften müsse laudmännlicher Geist
einziehen, wie das mit gutem Erfolge ja schon bei der Kolonial-
verwaltung geschehen ist. Die neuen Kolonialbahndämme würden
keine Freunde wohlwollend daraufhin prüfen, ob sie von Vorteil
seien. Man zur auswärtigen Politik. In der Kongressperiode
die Regierung konfessionell dessen bewußt bleiben, daß wir im
Konstante wirtschaftliche Interessen und auch gewisse Vertrags-
verpflichtungen haben gegenüber vorgekommenen Graualkeiten.
In Marokko müsse und die offene Tür gewahrt bleiben, ebenso
unser Interessen in der Angelegenheit Romanesmann. Unersch-
lich seien Verhandlungen zwecks Verhinderung des Wettläufens

Bedauerlich sei unsere innerpolitische Zerfahrenheit. Der leitende
Staatsmann sei nicht imlande, ein festes Programm vorzulegen.
Fürst Bismarck, der bemüht gewesen sei, etwas nach links zu
fließen, sei daran gescheitert. In Sachen habe der Minister Graf
Bismarck sogar erklärt, nur die Konventionen seien imlande, die
Staatsautorität zu wahren. Diese Behauptung treffe aber weder
für Sachsen zu noch überhaupt im Reich. Nicht mit Unrecht habe
Fürst Bismarck, woran er hier erinnern müsse, den Konventionen
im Juli nachgelegt, sie hätten trübseliges Spiel mit den Interessen
der Monarchie getrieben.

Wir verlangen eine liberale Regierung.

Das heißt: Rechtsfreiheit für alle Staats-
bürger, Schutz gegen alle Verdrück, die Staats-
macht auszubehalten zugunsten Vengent! Meine
Freunde wollen ferner gute Beziehungen pflegen zu der behan-
darten nationalliberalen Partei, wollen aber keine Verdrückung
mit ihr. Wir wollen nur ein tatsächliches Zusammengehen gegen
einen gemeinsamen Feind. Wir werden entschlossen dafür ein-
treten, daß das liberale Bürgerturn in Stadt und Land die
Stellung erlangt, die ihm zukommt. (Beif. Beifall.)

Reichskanzler von B.thmann Hollweg:

Der Abg. Dr. Wiemer hat soeben eine Reihe von Ein-
zeltragen besprochen, bei denen ich ihm nicht folgen kann. So
nicht mit seinem Erfurs auf fassliche Verhältnisse, und so werde
ich ihm auch nicht die gewünschte Erklärung über das preu-
sische Wahlrecht abgeben können. (Beifall Zustimmung
rechts, Unruhe und Jurse links.) Es ist dies ein Gegenstand,
über den ich mich nur vor dem preussischen Land-
tag aussprechen werde. (Lachen links.) Auch darüber hoffe
ich der Zustimmung der Mehrheit dieses hohen Hauses sicher zu
sein, wenn ich in eine Erörterung über

die Stellung der Minister

bei Eröffnung des Reichstages nicht eingreife. (Beifall und
Festigkeit rechts, Unruhe links.) Abg. Baffermann hat ge-
glaubt, aus meinen Worten eine Kritik an der Haltung seiner
Partei zu den Steuervorlagen herauszuföhren zu müssen. Er hat
insbesondere gemeint, daß ich seiner Partei den Vorwurf gemacht
hätte, bei jener Gelegenheit mit ihren Traditionen gebrochen zu
haben. Ich hoffe, der Abg. Baffermann wird sich beim Lesen
meiner Worte davon überzeugen, daß er sich im Irrtum be-
findet. Ich habe mich absichtlich von jeder Kritik
der Vergangenheit ferngehalten und habe nicht
an eine einzelne Partei, sondern an die Gesamtheit der Par-
teien gedacht. Ich habe die Erinnerung an die Geschichte, an
die Tradition wachgerufen, um zu beweisen, daß sich unser viel-
gestaltiges politisches Leben nicht in das Schema „Radikalismus
oder Reaktion“ fassen läßt. Wer, wie ich, die aus den Steuer-
debatten jurüdgeleitete Verberitierung für ein Uebel hält, der
wird keine Vorwürfe erheben, welches dieses Uebel verühten
würden. Darum habe ich mit großer Freude die Erklärung des
Abg. Baffermann vernommen — und auch Dr. Wiemer er hat
so soeben eine ähnliche Erklärung abgegeben — daß seine Partei
wegen der Vorgänge bei den Steuerdebatten nicht eine Politik
der Verberitierung treiben, sondern sich getreu ihrer Geschichte
und Tradition mittätig an den Arbeiten des Reiches erweisen
wolle.

Wenn ich zu Fragen der auswärtigen Politik übergehe, so
sche ich davon ab, allgemeine

Betrachtungen über die Weltlage

anzustellen. Ich halte es auch nicht für erforderlich, um so fest-
gegründeten Verhältnissen wie unseren Beziehungen zur öster-
reichischen Monarchie zu sprechen. Was das allgemeine Ziel
unserer Politik bildet, ist in der Thronrede ausgesprochen, da-
gegen geben mir einzelne Fragen, die im bisherigen Verlaufe
der Debatte an mich gerichtet worden sind, Anlaß zu folgenden
Bemerkungen, wobei ich die Erteilung von Antwort auf Ein-
zelheiten, wie z. B. die soeben von Dr. Wiemer gehörte Ma-
nnesmanliche Angelegenheit und die von verschiedenen
Herren getriebene Frage an den Staatssekretär des Aus-
wärtigen Amtes überlassen darf. Zunächst das

Marokko-Wolken mit Frankreich.

Wie bereits des weiteren in der Thronrede angedeutet wor-
den ist, hat seit seinem Abbruch ein fortgesetzter Meinungs-
austausch zwischen uns und der französischen Regierung stattgefun-
den, und es ist dem beiderseitigen gegenseitigen guten Willen gelungen,
in wichtigen Punkten Uebereinstimmungen zu erzielen. Auf
Grund des bisher erzielten Ergebnisses darf ich der Zuversicht
Auedruck geben, daß sich auf diesem Basis eine der Bedeu-
tung der beteiligten deutschen wirtschaftlichen Interessen ent-
sprechende Lösung, auch der noch ausstehenden Fragen voll-
ziehen wird. — Den Stand der

amtlichen englisch-deutschen Beziehungen

glaube ich durch die folgende Erklärung zutreffend kennzeichnen
zu können:

Englische Staatsmänner, vor allem der jetzige
tende Premierminister, haben in Neben der letzten Zeit

die Herstellung guter Beziehungen zwischen England und Deutschland als eine wichtige Aufgabe ihrer weisen Staatskunst bezeichnet.

Ich kann die Behauptung dieser Absicht und Gesinnung auch von dieser Stelle aus nur aufrichtig und aus voller Ueberzeugung erwidern. (Beifall.) Ich bin gewiß, daß wir uns dem beiderseitig erstrebten Ziel um so mehr nähern und damit zugleich den wahren Interessen beider Länder um so besser dienen werden, je freimüthiger und laudarer diese Gesinnung in der Behandlung und Lösung von Fragen betätigt wird, die beide Länder betreffen. (Sehr gut! recht.)

Gegenüber dem Vertrauen, mit dem sich die Thronrede über den

Beitrag des Dreißendiges

gehört hat, ist die Aufmerksamkeit darauf gelenkt worden, daß in Italien im Anschluß an den Besuch des Kaisers von Neapel in Neapel die Stimmen laut geworden sind, die dem Dreißend wenig freundlich waren. Diese Erscheinung, die sich allerdings wohl nur auf eine Minorität erstreckt und nicht den wahren Ausdruck der Wünsche des italienischen Volkes darstellt, hat nicht übersehen werden können. Ich habe indessen keine Wahrnehmungen zu machen gehabt, die irgendwie dahin gedeutet werden könnten, daß die verantwortliche Leitung der italienischen Politik den Wert der Dreißendverträge für Italien anders oder niedriger einschätze als bisher. (Beifall.) Entsprechend dem Geiste williger Loyalkität, von dem unsere gegenseitigen Beziehungen vollst. sind, hat uns denn auch der bisherige Minister des Äußeren Mittheilungen über die Unterredungen in Neapel gemacht, die ergeben, daß Italien in seiner Balkanpolitik keinerlei Ziele verfolgt, die mit unseren Verträgen im Widerspruch ständen. Auch die kaiserlich russische Regierung hat uns in Befräftigung der guten Beziehungen, die die beiden Regierungen untereinander unterhalten und in wiederholten Begegnungen des Kaisers mit dem ihm persönlich eng befreundeten russischen Kaiser nachdrücklich in die Erscheinung getreten sind, Mittheilung von dem Inhalte und dem Ergebnis der Unterredungen in Neapel gemacht. Bei der Betrachtung unseres Verhältnisses zu Russland hat die Zeit Jahren, so auch jetzt wieder wenig freundliche Sprache eine Rolle gespielt, die ein Teil der russischen Presse gegen Deutschland führt. Es ist nicht zu bezweifeln, daß es dort eben so unerwünscht gewisse Kreise gibt, die es sich zur Aufgabe zu machen scheinen, Deutschland abenteuerverische, den Weltfrieden bedrohende Absichten anzudeuten. Mit Recht und einmüthig leidet die deutsche Nation daraus die Forderung an ihre Regierung her, daß die deutsche Politik, die derzeitige Ziele nicht kennt, mit um größerer Ruhe und Stetigkeit und frei von aller Nervosität geführt werde. Einen guten Dienst hierbei wird auch unsere Publizität leisten, wenn sie diese Forderung auch für sich geltend läßt, und in der Erweiterung auf befreundete Treiberer und in der Kritik an der Politik anderer Staaten und an deren Staatsmännern dasjenige Maß von scharfer Reserve bewahrt, das dem eigenen Kraftgefühl und der Achtung vor den Nachbarn entspricht. (Zustimmung.) Durch ein solches Zusammenwirken der öffentlichen Volksstimmung mit der Politik werden die Geschäfte des Landes am besten gefördert. (Beifall.)

Staatssekretär des Äußeren v. Schön:

Der Abgeordnete Baistermann hat sich gestern ausführlich über eine Reorganisation unseres diplomatischen Dienstes ausgesprochen. Wir haben in dieser Beziehung getan, was wir tun konnten, haben auch schon vieles erreicht, und ich werde in der Kommission in dieser Hinsicht nähere Aufklärungen geben.

Nun hat Herr Baistermann gestern die Rede bestritten, welche der Sozialist Graf Bernstorff in Wahlrede gehalten hat. Dieses Ereignis hat zu vielen erregten Auseinandersetzungen in einem Teile der Presse geführt. Unsere Vertreter im Auslande entsprechen nur den allgemeinen Wünschen der heimischen Behörden, wenn sie bedenklischen Verhandlungen unserer Politik entgegenstellen. Ein solcher Fall liegt hier vor. (Beifall.)

Kuriositäten.

Unterhaltungsbüchlein. Um Ehr und Recht. Roman von D. Ester. (Fortf.). — Vergeltung. Novelle von Daniel Friedrich Sellmann. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik. — Der Väterkisch.

Das Schauspielers-Parlament.

Generalversammlung

der Deutschen Bühnengenossenschaft.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Berlin, 9. Dez.

Unter Beteiligung von fast 200 Delegierten der deutschen Schauspielerschaft, Vertretern und Vertreterinnen aller Bühnen der Bühnenschaft, als Schauspieler, Säger und Regisseure, begannen heute die Verhandlungen des Schauspielersparlaments, die sich um die sozialen, wirtschaftlichen und Ausbildungsfragen der Schauspielerschaft drehten. Eine große Spannung liegt über der Vertreterversammlung, die Präsident Kiffen kurz nach 11 Uhr mit einer Mahnung zur Ruhe und Geduldigkeit in der Behandlung der für die Bühnengenossenschaft so bedeutungsvollen Frage eröffnet. Eingeleitet wurden die Verhandlungen mit einer Beratung über die Preisfrage. Von allen Seiten gingen dem Verbandsdirektorium Anfragen und Anregungen zu, die mit mehr oder weniger Zustimmung beantwortet wurden. Lebhaftig wird die Stimmung, als man zur Besprechung der

Mißstände am Theater

übergeht und Herr Kiffel mit dem Berliner Lustspieltheater über die Gegenstände in temperanterer Weise den Klagen der Schauspieler Luft macht. Er erklärt: Unter Ohnmüdigkeit, Herr Kramm-Burgsdorf hat im Dezember vor. Jahres eine Broschüre über die Verhältnisse innerhalb der Bühnengenossenschaft erscheinen lassen. Er nennt sie „ein Wort zum Frieden“ — in Wahrheit ist es ein flamender Kriegesruf gegen unsere Präsidenten. (Beif. hört, hört.) Ich spreche hier allerdings nur im Namen der Berliner. Wir sind aber der festen Ueberzeugung, daß Herr Kiffel die geeignete Person ist, um unsere Wünsche zu leben. (Beif. Zustimmung.) Nicht nur den Wünschen Kiffen, sondern auch den Genossenschaftler gehören wir im Leben, der den Kiffen selbst erkannt und es verdankt, daß ihn lebendig zu machen. (Geneuert stürmischer Beifall, der sich zu großartigen Ovationen steigert, als sich Kiffen erhebt und dankend

wird Ihrer Aufmerksamkeit gewiß nicht entgangen sein, wie seit Jahr und Tag und gerade in letzter Zeit die öffentliche Meinung in Amerika in deutsch-amerikanischer Sinne bearbeitet worden ist. Immer wieder sucht man Migranten gegen Deutschland zu erwidern mit der Darlegung, daß unsere Politik zunächst auf einen Kampf gegen England und ausgeht, um sich dann gegen Amerika zu wenden, mit dem Ziel, die Gründung eines großen Kolonialreichs in Südamerika. (Gelächter.) Um den Amerikanern den Gesinnungswandel zu machen, greift man mit Vorliebe auf Äußerungen der Publizität allerseitiger Richtung (Hört! hört! im Saal) oder um genauer zu sein, solche, welche dafür im Auslande gehalten werden. Alles was in dieser Publizität an fälschlichen Kombinationen aufgetreten ist oder auftritt, wird für unsere Gegner ein Argument und dient ihm zur Verdächtigung Deutschlands. Ich muß einschieben, daß ich unterschiede zwischen

Tätigkeit des alldeutschen Verbandes

als solchen und den Äußerungen, für welche dieser Verband nicht verantwortlich ist, und es liegt mir fern, den alldeutschen Verband mit allem, was in der Presse erschienen ist, identifizieren zu wollen. Ich mache aus darauf aufmerksam, daß der Graf Bernstorff ebenfalls nicht von dem alldeutschen Verband getrieben hat. Ich nehme nun zur Ehre der alldeutschen Schriftsteller an, daß ihnen nicht ferner liegt, als durch ihre Veröffentlichungen unsere Interessen im Auslande zu fördern und unsere Vertreter des Reiches ihre gewiß nicht leichte Aufgabe zu erleichtern. Die alldeutschen Vorträge können auch nicht verantwortlich gemacht werden für die Entstellungen, die auswärtige Gegner an ihren Gebahren vornehmen. Tatsache ist aber, daß die deutsch-amerikanische Presse einen großen Teil ihres Materials der sogenannten pangermanistischen Literatur entnimmt (sehr richtig! im Zentrum) und daß sie die darin hervorgetretenen Klänge mit den Absichten der amtlichen Politik des Reiches identifiziert. Treten solche Bestrebungen hervor, und werden die kaiserliche Regierung oder ihre Vertreter als offene oder heimliche Anhänger und Förderer ausschweifender Uebern hingestellt, so muß die Grenze zwischen Bspontaneität und Wirklichkeit wieder zurecht gerückt werden. Von solchen pflichtmäßigen Erwägungen hat sich der kaiserliche Vorkämpfer in Washington Bestimmungen lassen, wenn er für die öffentliche Meinung Amerikas das Schreckgespenst eines deutschen Kolonialreichs in Südamerika in ihrer Unmöglichkeit enthüllt hat. Ich kann in seinem Auftreten nichts Anstößiges finden und muß den Grafen Bernstorff gegen Angriffe in Schutz nehmen. Letzteres weiß jedermann, der den Grafen Bernstorff kennt, daß er ihm Feindseligkeiten gegen gute deutsche Patrioten nicht unterstellen kann. (Beifall.)

Abg. Scheidemann (Soz.)

beklagt sich zunächst über die frühzeitige Schließung des Reichstags während der wichtigsten politischen Krise. Die getriggerte Rede des Reichstagsabg. hat eine außerordentlich große Ermüdung auch bei denen, die nur sehr wenig erwartet haben, hervorgerufen. Die heutige Rede des Reichstagsabg. war wie die getriggerte nichtsagend. Es ist natürlich, daß der Reichstagsabg. den Frieden haben will. Das bestritte ich nicht. Irigend etwas besonderes wollen wir doch hören. (Sehr richtig.) Die Regierung magregelt jetzt Loga Zentrumslehre, weil sie die Polen unterstügt haben. Wie können Sie das tun, Herr Reichstagsabg., die Polen gehören doch auch zu Ihrer Mehrheit! Redner kommt im weiteren Verlauf seiner Ausführungen auf die Vorgänge in Spanien zu sprechen und ruft bei Besprechung des Falles Herrero dem Herrn zu: Sie tun Ihnen nur leid, daß Sie nicht noch mehr Braten und schmoren können. Ich bin Ihnen dankbar über seinen Jargon! (Große Heiterkeit.) Bis hier ist immer loszulaufen oder konzentrationstherapeutisch regiert worden, auch zu der Zeit, wo die ganze Geschichte so eine gewisse liberale Schminke getragen hat. Wiesteil tritt uns der Reichstagsabg., der über allen Wasser stehen will, mit welche Anweisungen er von den Leuten erhalten hat, die bei uns in Wirklichkeit regieren. In frommen nationalen Vätern ist ja erklärt worden, daß der König sein Wort nicht zu halten braucht, bei der Wahlreform. Der Reichstagsabg. hat gegen diese ihm zugemutete Schulter nicht Front gemacht. Nun tenne ich ja die preisliche Geschichte zu genau, um zu wissen, daß der Wortbruch loszulassen eine der erhabensten Traditionen der Hohenzollern ist. (Große Unruhe.) Reichspräsident Erbringu zu Hohenlohe ruft den Redner zur Ordnung.) Unter andauernder Ruhe des Hauses geht der Redner auf die Zeiten Friedrich Wilhelms III. und Friedrich

Wilhelms IV. ein. Das Verhalten der konservativen Partei ist so brutal — (Reichspräsident Erbringu zu Hohenlohe: Ich nehme an, daß Sie nicht von den Anwesenden sprechen!) — aber selbstverständlich. (Große Heiterkeit.) Das Schlimme ist, daß die Zeitungsblätter in die politischen Parteien hineinzuwaschen. Durch den Hund der Bandwirts haben die Konservativen jetzt über die ganze Länge des Großpartikularismus, an den er in einem hübschen Altkelch seine Geheimnisse abgibt. (Sehr richtig.) In ähnlichem Tonfall fortfahrend, kommt der Redner schließlich auf den Mannesfelder Streit zu sprechen.

Reichstagsabg. v. Bethmann Hollweg:

Der Abg. Scheidemann hat es für gut befunden, seine Ausführungen zum Etat zu verazuden mit einem Exkurs über preisliche Geheißte und mit den besitzlichen Schmähdungen gegen preisliche Könige. (Lebhaftige Rufe bei den Soz.: Die Wahrheit!) Er ist dafür vom Herrn Präsidenten bereits zur Ordnung gerufen worden. Aber auch ich muß Ermüdung einlegen gegen eine solche Verunglimpfung von preislichen Königen. (Beifall.) Ich habe auch mich aber mit dieser Ermüdung begnügen, denn das Bewußtsein im preislichen Saale von dem, was seine Könige geleistet haben, ist viel zu sehr gebunden (Beif. sehr richtig.) Große Unruhe und Widerspruch bei den Soz., als dieser Ausführungen des Abg. Scheidemann geseigen wören, an dieser Ueberzeugung irgendeine zu rücken. (Beifall.) Reichspräsident rechts; große Unruhe und Säumen bei den Soz., darauf neuem von rechts stürmischer Beifall.

Abg. Schr. von Camp (Rp.):

Bei keiner Partei wird die Freiheit so unterdrückt wie bei der Sozialdemokratie. (Ärmlicher Widerspruch b. d. Soz.) Ein ist die schlimmste Klassenpartei, die es gibt. (Deutschl. Säumen b. d. Soz.) Erkennen Sie doch endlich an, daß in Deutschland sehr viel für die Arbeiter geschieht! (Gelächter bei d. Soz.) Krupp gibt die Hälfte seines Einkommens für wohltätige Zwecke her. (Säumen b. d. Soz.) Ich habe nicht Zeit, mich mit Ihnen herumzuzanken, denn ein Vergnügen ist das wahrhaftig nicht. (Heiterer Zustimmung.) Herr Scheidemann hat eine Pausationsrede gehalten, die mit dem Etat wenig zu tun hatte, und die er auch bei jeder anderen Gelegenheit vom Stapel lassen konnte. (Sehr richtig.) Wir erkennen es dankbar an, daß der Etat vorzüglich ausgestellt worden ist. Die Reichsrats haben sich nach Möglichkeit weitgehendes Sparsamkeit beifolgt. Der Redner bestritt die einzelnen Cais. Bezüglich der Kolonialats haben wir noch besondere Wünsche. Einige Gehaltsveränderungen erheben wir angebracht. Aber wir werden uns schon verständigen, denn Herr Denburg ist ja einer der entgegenkommendsten Staatssekretäre. (Sehr richtig.) Mit der Vermehrung der Beamten in den Kolonien muß endlich Schluß gemacht werden. In die höchsten Stellenanlagen hat man gut viel Geld hineingesteckt. Man hätte lieber das Land besser bebauen sollen. Die Prägung von Silbermünzen muß weiter ausgedehnt werden. Die Drei-Markstücke haben sich trefflich bewährt. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind sie lieber als die Fünfmarkstücke. (Heiterer Widerspruch.) Die Beamten sind jetzt erheblich besser gestellt worden. Daher müsse nun auch ihre Arbeitzeit richtig ausgenutzt werden. Eine energische Kontrolle an Ort und Stelle ist notwendig.

Herr von Schön hat uns erzählt, was die Franzosen und die anderen Interessenten über den Fall Mannesmann in Karlsruhe denken. Er hat uns aber die Meinung unserer Auswärtigen Amtes vorenthalten. (Sehr richtig.)

Das Verhalten meiner Partei bei der Reichsfinanzreform ist durchaus gerechtfertigt. Die Reform mußte auf jeden Fall zustande kommen. Wir haben uns bemüht, die Gegensätze zwischen rechts und links auszugleichen. Mit den Nationalliberalen waren wir in den wichtigsten Fragen vollkommen einig. Ich wünsche, daß die Reichsfinanzreform in angestrebter Form wiedererrufen wird.

Abg. Fürst Bismarck (Volk) spricht über das Verhalten meiner Partei bei der Finanzreform und greift die Regierung an wegen der Maßregelung der Sattlerwiger Lehrer.

Weiterberatung: Sonnabend 11 Uhr. Schluß 6½ Uhr.

(Sprecher Hefz (Weimar): Man darf mit dem Protektor nicht zu streng ins Gericht gehen, er hat es mit der Bühnengenossenschaft gemeint. Die Motive des Großherzogs, die ihn zur Wiederlegung des Protektorats veranlassen, sind uns nicht bekannt, auch wir haben kein Recht, Vermutungen anzustellen. Bismarck (Sprecher): Es ist unklar, die Verdienste deutscher Künstler unserer Theater zu verpassen. Sie bekommen, wir legen uns keinen Wert darauf, einen Protektor zu haben. Wir brauchen uns keinen Cais zu machen. (Schlußrede.) Wir haben den Protesten viel und auch nach außen hin muß unser Schild ein sehr prächtiges. Sie sprechen zu viel und zu lange, Herr Wiking, das ist die Ansicht der Delegierten. Beweisen Sie uns, daß wir unsern Schild nicht rein stellen. Das müssen Sie. Sie wissen nicht, was Sie reden und können es nicht verantworten. (Säumen.) Bismarck: Ich sage nur, wir wollen öffentlich zeigen, daß wir unsern Schild reinhalten.

Mittlerweile hat sich der große Saal bis auf das letzte Plätzchen angefüllt. Emanuel Reicher vom Vestingtheater referierte über die bisherige Tätigkeit des Reichslochbüreaus und den

Ball Zitel

und führt aus, daß er nach reichlicher Ueberlegung sein Amt als Reichspräsident der Bühnengenossenschaft niedergelagt, aber nach wie vor seine ganze Kräfte der Genossenschaft widmen werde. Er werde den Maßnahmen des Präsidenten im weitesten Sinne Folge leisten. (Beif. Zustimmung.) Der Ball Zitel ist zunächst durch die Presse gegangen, indem behauptet wurde, daß von einem Direktor in ungemessener Weise gegen eine Schauspielerin vorgegangen worden sei, die der Direktor auf das schändlichste betrogen habe. Ein Name wurde in dem Artikel nicht genannt. Ist es nicht eine Verdächtigung aller deutschen Theaterdirektoren, wenn der Name des Schuldigen nicht genannt wird? (Beif. Beifall.) Direktor Zitel ist in schwerer Weise beleidigt. Es ist uns ein Brief einer Schauspielerin zugegangen in dem das Verhalten Zitels auf das schärfste zurückgemutet wird. Diesen Fall mußte das Reichslochbüreau unbedingt in die Hand nehmen. Man muß uns zum Vorwurf, daß wir einen Schuldigen, der es unbedingt verdiente, in der Öffentlichkeit bloßstellen. Das war eine Sache, die wir in die Hand nehmen mußten, sollte das Reichslochbüreau nicht wert sein, daß man ihm seinen Gehalt spunde. Nicht zu haben eine Dame in der Öffentlichkeit in solchen Ruf gebracht, sondern Dr. Zitel und sein Reichslochmann. Der Redner schließt unter hübschlicher Beifall mit der Mahnung an die Delegierten, diese Verhältnisse in der Provinz bekannt zu geben. Die Beratung der Anträge dauert fort.

Deutsches Reich.

Typik, der alles durchsetzt.

Ueber den Mann, der im preussischen Ministerkollegium ansehnlich nicht sonderlich große Sympathien besitzt, deho mehr Ansehen aber beim Kaiser genießt, schreibt Maximilian Harden im letzten „Zukunft“-Heft:

Ein Kammer, daß im Reichstag kein Mensch sich noch so sehr Bedenkenhaft, zu rechtschaffenem Jörn aufpassen kann. Daß alle nur wie Advokaten ihre Sache vertreten. Da darf sich Herr Typik hinsetzen und reden, als sei auf der Welt kein Mensch, der nicht die Rede seiner Worte schmeichelt. Keiner antwortet, wie sich's gebührt. Unterfleiße? Davon darf nicht mehr die Rede sein: alle Angeklagten sind ja freigesprochen worden. Nur die Sozialdemokraten laßen den Redner aus, der mit erstem Geblitz tut, als sei der Spruch der Jury ein Strafhammerurteil, dessen Begründung auch die Verteidiger als unzulänglich erkannt habe. Weß diese Gezellen nicht, daß Geschworene nach dem Gefühl urteilen, ihren Spruch niemals motivieren und daß in Kiel die Bezeichnung an der Straße einer Volkstimme hing? Die Jurymitglieder mag entzeden, das Schlußbeweis nicht fast genug gefunden oder gemeint haben, da man die an der Südbahn Hauptstädte nicht nach können, sei es ungerath, die zufällig Angeklagten nach der Tortur der Unterdrückungshaft noch härter zu strafen. Durfte der Herr Staatssekretär deshalb einen so hohen Ton anschlagen?

Der Mann, daß Wilhelm oft gelobt, steht im Reichstag alles durch. Leider. Und ist im Kreis der Kollegen doch der Bringer des ärgsten Unheils. Seine Schuld ist, daß wir in Klatsch und Speißen (und aus Wadewigs großem Portemonnaie wirtschafte); daß wir uns nicht längt mit England verständigt haben; daß in unbedachteter Einnahme, das Fertige aber, weißt an Geld fehlt, nicht in den Zustand der Arbeitsbereitschaft gebracht wird; daß zwischen den Terminen der Mannschaften und der Rekruteneinstellung ein gefährliches Intervall bleibt; daß jeder, der seinem System tapfer widerpricht, vom Hof weichen muß (Fall Baudissin); daß beim Maschinenlauf nicht die Qualität entscheidet, sondern exzellentes Privatvermögen; daß wir nicht mehr Unterseeboote haben. Und manches andere noch. Doch den Reichstag hat er gekostet. Selbst Herr Erzberger erweist ihm Reueren.

Daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts liebes Kind beim Zentrum ist, seit geraumer Zeit ist es öffentliches Geheimnis, und daß diese Partei ihn gerne auf dem Kanzlerstuhl gesehen hätte, dafür gab während der letzten Kanzlerkrise und überhaupt in Marinefragen das Verhalten der ultramontanen Partei oft genug bezeichnendes Zeugnis. Gardens Urteil jedoch dürfte nicht zu stark sein, wenn er des Staatssekretärs Amstättigkeit unheilvoll nennt.

Dr. Dierich Hahn und die Gendarmen.

Der Direktor des Bundes der Landwirte, Dr. Dierich Hahn, ist wegen Beleidigung zweier Gendarmen-Mitglieder zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Nunmehr nimmt in der Zeitschrift „Der Gendarm“ Oberst v. d. Benken in dieser Sache das Wort und stellt zunächst fest: Das einzig Greuliche bei diesem im übrigen durchweg unerreichten Vorgang sei, daß die Gendarmen sich von Anfang bis zu Ende durchaus ruhig, besonnen und ihrer Dienstausübung entsprechend korrekt benommen haben. — Sodann fährt er fort:

„Zunächst erhebt es sich die Frage, ob in dem Nichtaufstehen des Sozialdemokraten eine Majestätsbeleidigung gefunden werden kann. Aber ganz abgesehen davon ist der eine öffentliche Versammlung beauftragte Gendarm durchaus nicht berechtigt, einen jeden, der eine strafbare Handlung begeht, hinauszurufen, sondern zunächst nur dazu, seine Persönlichkeit festzustellen und Anzeige zu erstatten. Anderes Gendarm hätte Herr Dr. Dierich Hahn der Sache des Königiums besser gedient, wenn er das Verhalten des Sozialdemokraten nicht ignorierte, anstatt öffentlich schwere Beleidigungen gegen die Hüter der Ordnung zu richten und den Sozialdemokraten tätlich anzugreifen, ein Verhalten, wozu ihm die Gendarmen in vollkommen korrekter Weise das Recht bestritten. Erst durch dieses Verhalten des Dr. Hahn wurde der Vorgang zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauscht und dadurch lediglich der Sache der Sozialdemokratie ein schwerwiegender Dienst geleistet.“

Der meiningische Landtag.

Im Landtag des Herzogtums Sachsen-Meiningen kam am Donnerstag bei der Besprechung des Bezirkes des Regierungsbezirks die Frage zur Sprache, wie die Regierung sich zur Vermögenssteuer verhalte. In der sehr lebhaft geführten Debatte vertrat die Mehrzahl der Abgeordneten im Gegensatz zur Staatsregierung die Standpunkt, daß die Vermögenssteuer eine sehr wichtige Rolle spielen. Bei der Besprechung der Reformen kam Staatsminister v. Ziller sein Bemerkungen über das Zustandebegriffe Ausdruck. Die verschiedenen Regierungen seien jedoch gezwungen gewesen, dieses Gebot annehmen, weil sonst das Reich in eine gefährliche Lage geraten würde. Beim Kapitel „Gewerbesteuer“ wurde von mehreren Abgeordneten der Wunsch geäußert, die Regierung möge auch wöchentlich Gewerbesteuerentwerfer anstellen. Der Vertreter der Staatsregierung antwortete, daß er diesem Verlangen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehe, derzeit aber ein solches Bedürfnis noch nicht anzurechnen vermöge.

Schule.

Die erledigte Lehrerstelle. Nach der letzten Nummer des „Amtlichen Schulblatts“ sind im Regierungsbezirk Erfurt 11 Lehrere- und 1 Lehrerinnenstelle erledigt. Davon ist eine Stelle vom 1. Oktober, eine vom 16. Novbr., zwei vom 1. Dezember, vier (darunter eine Lehrerinnenstelle in Herzberg a. G.) vom 1. Januar und vier vom 1. April ab zu besetzen. Die Lehrstellen sind sämtlich Landstellen, für die Bewerbungen an die Kgl. Regierung, Abteilung II, zu richten sind.

Kleine politische Nachrichten.

Kaufmannsschulen.
Die Stadtverordneten in Halle i. W. beschloßen die Einführung eines Anhegebotes und einer Hinterbliebenen-Versicherung für die in hiesigen Diensten beschäftigten und nicht pensionsberechtigten Arbeiter und Beamten.

Das medienburgische Landtage ist eine erneute Vortage über die Errichtung von Kaufmannsschulen in medienburgischen Städten zugegangen. Im Vorjahre hatte über die von den Städten gestellten Bedingungen und über die von der medienburgischen Handelskammer geäußerten Bedenken eine Einigung nicht erzielt werden können. Entsprechend der Berechnung der Handelskammer soll die Landesbeiträge auf 26 200 Mark bemessen werden.

Das demokratische Wohnloft.
Das Dr. Freitagsfeld vom 1. Januar kommenden Jahres an herausgegeben wird, soll den Namen „Das freie Volk“ führen. Die Annahme des neuen obenbenannten Schlußwortes ist gefestigt, nachdem, wie die „Holl. Ztg.“ meldet, eine Verständigung zwischen dem Landtagsausausschuß und der Regierung erzielt worden ist.

Sof- und Personalnachrichten.

Gegegenüber der Meldung des „Echo de Paris“, wonach Prinz Eitel Friedrich eine Orientfahrt zwecks Besuchs der vom Kaiser in Syrien gegründeten Schulen unternehmen wird, verlautet, daß Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich im Auftrage des Kaisers nach Jerusalem reisen werden, um der Einweihung der Kaiserin Auguste Viktoria-Stiftung und der Himmelfahrtstirke auf dem Delberg beizuwohnen.

Ausland.

Eine kaiserliche Entscheidung im Prozeß Hofrichter.

Der von der Familie des verstorbenen Oberleutnants Hofrichter zum Verteidiger Hofrichters bestellte Anwalt Dr. Richard Preßburger hatte eine Unterredung mit dem Kriegsminister in Berlin zu einem Zweck, in der er dem Minister das Gesuch begründete, doch ihm nur zur Voruntertuchung und zur eventuellen Schutzverhandlung gegen Hofrichter schon jetzt in Gegenwart des Auditors zu sprechen und sich an der Erhebungen zu beteiligen. Kriegsminister von Schoenach erklärte, daß eine solche Anordnung nicht in seiner Zuständigkeit liege, sondern unter die Prärogative der Krone falle.

Jetzt wurde dem im Bureau des Kriegsministers erschienenen Vertreter der Familie Hofrichter die Antwort erteilt, daß der Kaiser nicht für gut befunden habe, während des Laufs der Voruntertuchung eine solche Ausnahmeverfügung zu treffen, weil eine solche Ausnahme einer ungleichen Behandlung gegenüber anderen der Militärgerichtsbarkeit unterstehenden Personen gleichkomme. Auch die erbetene Anwendung der Vorberereitung befindlichen neuen Militärstrafprozeßordnung lehne der Kaiser ab, da diese unter Umständen den Beschuldigten schädlicher sei, als die geltende. Dieser Hinweis trifft einen gerade für den Fall Hofrichter sehr wesentlichen Punkt, nämlich die Konsequenzen eines Geständnisses, ob ein Geständnis in die Beurteilung eines Angeklagten zum Tode nach der geltenden Militärstrafprozeßordnung ausgeschlossen, nach dem neuen Entwurf jedoch zulässig. Der Kriegsminister fügte hinzu, daß für den Zeitpunkt nach dem Abschluß der Voruntertuchung weitere, möglicherweise anderslautende Entscheidungen vorbehalten wurden.

Für Gewehre und Blei gegen Oesterreich.

In dem Beleidigungsprozeß der serbisch-kroatischen Koalition gegen Dr. Friedberg überreichte der Beklagte gestern dem Gericht ein Passivell von 24 gebundenen Aktenstücken zu größtenteils ungenauer, und eine Dose mit Details über die schärfste gemeinsame Bandenfälle aus Serbien nach Bosnien. Die Aktenstücke betreffen die Inhaft der vorieren Redefriedigen. Unter den Gebanwendungen, die in Betracht kommen, befindet sich eine Anweisung auf 2000 Rubel aus Rußland, die der Kadettenregiment Miljutow durch den serbischen Gesandten in Petersburg an den Stupatsinapresidenten „für Gewehre und Blei gegen die Oesterreicher“ fandte.

Interessant ist auch ein geheimes Rundschreiben des früheren Barons von Kroatien Grafen Jankowskitch an die kroatischen Obergespanne, worin er sie auffordert, Axt zu geben, weil aus Serbien Proklamationen, Schmähschriften und Waffen nach Kroatien eingeschmuggelt werden sollten. Graf Jankowskitch lenkt in seinem Schreiben die Aufmerksamkeit der Obergespanne auf die Abweerdneten Medakowitsch, Swetozar Jankowskitch, Franz Supilo, Dr. Smolnaja und Dr. Potofskij, die besonders streng zu überwachen seien.

Das Kabinett Sonnino.

Die Verhandlungen Sonninos haben nach dem definitiven Aufheben des Martini und Jankowskitch an der Kombination einen glatteren Verlauf genommen und zu einer Einigung geführt. Das neue Kabinett ist gestern abend proklamiert worden. Seine Zusammenfassung ist folgende: Sonnino, Inneser, Graf Guicciardini, Markez, Uzzanti, Handel und Akerbad, Bettolo Marine, Salandra Schah. Der Kriegsminister General Spingardi bleibt. Ueber die Besetzung der anderen Posten ist im Augenblick noch nichts bekannt.

Kleine Tagesnachrichten.

Der Nobel-Friedenspreis.
Wie man aus Christiania meldet, verteilte das Nobel-Komitee des Störkings zu gleichen Teilen den Friedenspreis an den ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten Bernaert und an den französischen Senator Bourneville de Constant.

Das politische Interesse der Axtei
Wird augenblicklich beherrscht durch die parlamentarischen Verhandlungen des Kammerpräsidenten Ahmed Riza über seine beabsichtigte Reise nach Athen, die er an der Spitze einer parlamentarischen Deputation machen will, um dort eine türkisch-griechische Allianz vorzubereiten. Es ist unvertennbar, daß die Türkei entschlossen ist, sich gegen einen

Balkanbund zu stellen, was das Zusammengehen mit Griechenland zur natürlichen Folge hat.

Der Ordensschacher einer Spanierin.
Die Witwe Soledad Middleton, die in Paris einen großen Salon führte, ist in London verhaftet worden. Sie betrieb nämlich, wie festgestellt wurde, den Ordensschacher und gab gegen Pfänder Geld.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 11. Dezember.

Technische Privatangestellte und Kommunalpolitik.

In einer zum Mittwoch vom Bund der techn. Indult. Beamteten einberufenen Versammlung referierte Herr Ing. Haun, Halle, über das Thema: „Die techn. Privatangestellten und die Kommunalpolitik.“ Er führte ungefähr folgendes aus:

1. In unsern sozialpolitischen Programmen fordern wir, daß den technischen Privatangestellten die Stellung im öffentlichen Leben eingetäumt werden müsse, die ihnen auf Grund ihrer Leistungen für die heimische Volkswirtschaft gebührt. Die technischen Privatangestellten müßten sich gegenemwärtigen, daß ihr Interesse an Kommunalwesen ein unmittelbares ist, und zwar 1. als Angestellte der Städte, 2. als Mitglieder ihres Standes, 3. als Stadtbürger.

1. Für die Techniker als Angestellte der Kommunen ist zu fordern, daß die Kommunen: a) bei der Anstellung auf privaten Dienstvertrag die Mindestforderungen der Gewerbeordnung beachten, b) das Recht der freien Vereinigung achten und die Organisationen der Angestellten als legitimen Träger ihrer Standesinteressen anerkennen, c) das Erfinderrecht ihrer Angestellten anerkennen, d) daß zur Vertretung der Angestellten gegenüber der Kommunalverwaltung Beamtenausschüsse gebildet werden.

2. Im Interesse des Standes ist zu verlangen: a) daß kommunale Vorkessern nur an solche Firmen vergeben werden, welche das Koalitionsrecht ihrer Angestellten und Arbeiter wahren; b) daß bei den Gewerbeleistungen die Proportionalität eingehalten wird; c) daß von den Kommunen paritätische Arbeitsämter eingeführt werden; d) daß Arbeitslosenfürsorge in Verbindung mit den Arbeiterorganisationen getroffen wird; e) daß bei der Auswahl der Beauftragten für die gewerblichen Fortbildungsschulen die Techniker mehr als bisher die gebührende Berücksichtigung finden.

3. Als Stadtbürger muß der technische Angestellte dahin wirken, daß: a) das Wahlrecht zu den kommunalen Vertretungen seines plutokratischen Charakters entledigt wird; b) zur Leitung in den Kommunen die Techniker ebenso wie andere Gebildete herangezogen werden; c) durch zweckentsprechende Boden- und Wohnungspolitik günstige Wohnungsverhältnisse geschaffen werden; d) Einrichtungen mit Wohnopolcharakter von den Kommunen in eigene Regie übernommen werden; e) die Kommunen ihren Aufgaben auf dem Gebiete der Kulturpolitik gerecht werden. Mit einem Appell an die anwendenden Mitglieder, an der Durchführung dieses Programms mitzuwirken, schloß der Referent seine Ausführungen.

Neues Papiergeld.

Man spricht uns: Die Tage der gefüllten und schmierigen Banknoten scheinen bald gezählt zu sein, wenn die Versuche, die das amerikanische Schatzamt mit einem neuen Papiergeld jetzt anstellt, zu einem günstigen Ergebnis führen. Die neuen Banknoten werden weiß und lammetarzig sein infolge einer eigenartigen chemischen Behandlung der Papierfasern. Die neue Herstellung der Banknoten wird eine Zeitersparnis von 60 Tagen gegen die alte Methode ermöglichen. Die chemische Behandlung, der die Banknoten unterworfen werden, erzielt nicht nur einen weichen und lammetartigen Stoff, sondern verhindert auch jedes Zerfallen des Papiers und wirkt ebenfalls antiseptisch.

Bei der gegenwärtig allgemein im Gebrauch befindlichen Arbeitsmethode beim Drucken von Banknoten wird das Papier völlig mit Wasser getränkt. In dieser Befähigung wird eine Seite der Banknote bedruckt. Nachdem wird die halbbedruckte Banknote in einen Trockenraum gebracht und dort unter Einwirkung einer heißen Temperatur etwa 30 Tage lang getrocknet. Hierauf wird die halbgetrocknete Banknote nochmals mit Wasser getränkt, die zweite Seite wird bedruckt und hat einen abnormen Wassergehalt. Die Wasserdunstung durchzumachen, bis sie dem Verkehr übergeben werden kann. In solchen Fällen, wo ein dritter Druck erforderlich wird, z. B. wenn die Banknote im Zweifelsfall ausgeführt wird, ist das Tränken der Banknote mit Wasser und das nachträgliche Trocknen für ein drittes Mal zu wiederholen. Abgesehen von der langen Zeit, die dieser Herstellungsprozess erfordert, leidet natürlich auch die Papierfasern sehr unter dem Trocknungsverfahren und die Banknote muß, um ein gutes Aussehen zu erlangen, noch mit Stärke getränkt werden.

Bei dem neuen Verfahren der amerikanischen Münze fällt das Nachdrucken der Banknoten völlig fort. Die Druckfarben verlieren nichts von ihrem Glanz, wenn sie auf das Papier gebracht werden und der Trocknungsprozess nach dem Drucken nimmt nur 24 Stunden in Anspruch.

Ob diese neue Herstellung der Banknoten nun auch für Deutschland in Betracht kommen könnte, wird von den weiteren Versuchen abzuwarten sein.

Untersuchung auf ankommende Krantheiten.

Im Laufe des Monats November sind von hier mit dem Suggenischen Institut der Universität Halle verbundenen Untersuchungsstelle für ankommende Krantheiten 718 Proben aus dem Stadtbezirk Halle untersucht worden. Davon rührten 266 aus den königlichen Kliniken, 66 aus Krankenanstalten und 401 von praktischen Ärzten her.

11. a. wurden unter 20 Fällen, die auf Tuberkulose zu unterzuchen waren, 18 mal Tuberkulose nachgewiesen, während von 426 diphterieverdächtige Untersuchungsproben 134, von 74 typhusverdächtige 12 bakteriologisch festgestellt wurden.

Preussischer Beamten-Verein (P. B. V.).

In der Vorstandssitzung am 6. D. W. wurde beschloßen, der Kaiser Wilhelm-Augusta-Stiftung 200 Mark zur Unterstützung von Beamtenwitwen und -waisen zur Verfügung zu stellen. Das Vereinshandbuch und das Rabatt-Flugblatt für 1910 sind fertiggestellt und mit den neuen Mitgliederlisten insgesam den Vertrauensmännern überhand gegeben. Es wird den Mitgliedern dringend empfohlen, diese Drucksaften möglichst sofort von den Vertrauensmännern abzuverlangen.

Von besonderem Werte ist die beabsichtigte Weihnachts-einkaufe ist das Rabatt-Flugblatt, welches Kaufkraft über die von hiesigen Firmen gebotenen wirtschaftlichen Vorteile gibt. Ferner wird auf die Anzeigen im Handbuch aufmerksam gemacht. Das Handbuch ist wesentlich ungeschaltet worden, insbesondere

And mehrere neue Abschnitte einseitig, die vornehmlich geeignet sind, den praktischen Wert des Buches für Beamte wie für Beamtenfrauen wesentlich zu erhöhen.

Für die Mitglieder, welche seinem Vertrauensmannsbeirat angehören, sind die Mitgliederlisten, Handbücher und Kassenbücher des Vereines in der Kasse des Vereines, 5. Bergstraße Nr. 11, bereitgelegt, von da bis zum 13. Dezember 1909 ab in der Zeit von 12-3 und 5-6 Uhr nachmittags abgeholt werden können.

Bruno Heinrichs Konfektorium für Musik und Theater. Am Sonnabend, den 18. Dezbr., abends 8½ Uhr, findet im Saale des Konfektoriums die 84. Musikaufführung (Produktionsabend) statt und bringt Werke für Klavier, Violine, Sologebiet und Deklamation von Chopin, Schumann, Schubert, Mozart, Vorking, Saint-Saëns, Wieniawski usw. Mitwirkende sind die Damen: Joh. Koblitz, Gumpel, Kautz, Krensch, Scheffelmayer, Mühlbacher, Gütle, Waldhorn sowie die Herren: Weidmann, Viebrecht und Eisler. Besonderen Interesses ist der Zutritt gegen vorherige Anmeldung im Sekretariat gestattet und werden Vorbestellungen schon jetzt entgegengenommen.

Motoristenschnitzerei und Flugmaschinen. — Ueber dieses zeitgemäße Thema wird Herr Maschinenbautechniker Henze aus Bitterfeld am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, im Saal des Christlichen Vereines Junger Männer, Geßler 29, einen Vortrag halten. Besonderes Interesse verdient dieser Vortrag, weil er mit Vorführung einer großen Sammlung von Darstellungen und Modellen sämtlicher Luftfahrzeuge verbunden ist. Herr Ingenieur Saes aus Halle, der die Sammlung freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat, wird an Hand der Modelle Erläuterungen geben und Vorführungen vornehmen. Der Vortrag ist nur für Männer und Jugendliche. Der Zutritt ist frei.

Preussische Kassenbesitzer- und Unterstützungsstelle für mit Ausgehalt beschränkte. Die Kasse hat den Zweck, den Mitgliedern bei ihrer Beschäftigung in den Kaufmanns- und sonstigen Berufen, bei dem Eintritt dauernder Dienstlosigkeit ohne Pensionbesitz eine fortwährende Unterstützung zu gewähren. Jedes Mitglied hat 2 Mk. Eintrittsgeld und einen Jahresbeitrag von 12 Mark zu entrichten. Die Kasse zählt jetzt 4057 zahlende und 310 empfangende Mitglieder. Das Vermögen der Kasse beträgt 3.310.000 Mark. Der Zuschuß, der mit der Entziehung der Kasse steigen wird, betrug für 1909, von der Aufsichtsbehörde festgesetzt, 54 Mk. Die Quote von 54 Mark bedeutet eine Verzinsung von mindestens 50 Proz. des bisher eingesetzten Kapitals. Nähere Auskunft, Satzungen, Anmeldebücher sind bei der Kassendirektion für Provinz Sachsen, Zrl. Marie Bischoff, Lehrerin, Halle a. S., Gr. Berlin 9, zu haben.

Gebrauchsmuster-Eintragungen. G. L. Eberhart, Halle: Zeichnungsmaschine mit einem von einem Hochwalzen umschlossenen Gestell versehenen Walzen. H. Hermann, Barmby: Vorrichtung aller für Maschinenkraft. D. Gummann, Jallenberg (Bez. Halle): Aus einem mit verstellbaren Flügeln versehenen Trichter und einem Kapselstein bestehende Aufschlagvorrichtung für Lokomotiven. Heinrich Schindler, Merseburg: Apparat zur Reinigung gebrauchter und dünnflüssiger Schmieröle mittels Docht und Filter. Luise Barthels, Halle: Knäuelhalter. Fritz Kooppe, Halle: Heißkörper in Gestalt eines Lampenfußes. Kurt Brentjes, Halle: Vorrichtung zur Längsdrückung, Seitenweitung und Spannung des Schraubens, bestehend aus einem Gestell gelagerten Schraubenspiindel mit scherenartig angeordneten Antreibarmen. Emil Ahrens, Halle: Wehrteilerger Formstempel für Zementgießmaschinen, mit hinterer beweglicher Formstamwand. Emil Ahrens, Halle: Als Substitutionsausgestaltete Stempelmaschinenvorrichtung für Zementgießmaschinen mit mehreren Stempeln.

Ein Advents-Familienabend veranstaltet der Jungfrauenverein der Mariengemeinde am Sonntag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr im großen Saale des „Kronprinz“ (Kleine Krausstraße 16). Der Verein möchte in diesem Abend das Interesse für eine Arbeit an der weiblichen Jugend in weitestem Maße der Gemeinde wecken, andererseits durch keine Darbietungen (Ansprachen, Deklamationen, musikalische und andere Aufführungen) ein wenig dazu mitwirken, rechte Advents- und Weihnachtsstimmung in die Herzen und Häuser hineinzubringen. Zur Dedung der Unkosten werden 10 Pfg. für das Programm erhoben. Alle Gemeindeglieder sind zu diesem Familienabend herzlich eingeladen.

Kameradschaft. Kriegerverein von 1870/71. Am Montag hielt der Verein seine letzte Monatsversammlung in diesem Jahre ab. Der Verein, der aus 15 Ehren- und 150 ordentlichen Mitgliedern besteht, besitzt nach Kassenlegung ein Vermögen von 10.605,56 Mk., nachdem im vorigen Monat zwei Kameraden durch Tod abberufen und deren Hinterbliebenen je 180 Mark Sterbegeld aus der selbstverwalteten Sterbekasse ausgeschüttet wurden. Am dritten Weihnachtsfesttag wird im Germaniaaal die diesjährige Weihnachtsfeier, bestehend aus Konzert, Schpiel, Vorlesung für Kinder und Erwachsene sowie Konzerte, stattfinden. Als Unterstützung an hilfsbedürftige Kameraden bzw. der Witwen und zwei Waisenkindern im Kriegerwaisenhaus gelangen ca. 140 Mark zur Verteilung.

Der Gewerbetreibende der Heimarbeiterinnen hält am nächsten Sonntag, den 12. Dez., nachmittags 4 Uhr im Saale des Stadtmusikschulhauses, Weidenplan 4, seine Weihnachtsfeier. Einfach finden die Mitglieder mit ihren nächsten Angehörigen nur gegen Eintrittskarten. Die Karten werden am Freitag und Sonnabend von 1-3 Uhr Robert Franzstraße 14, I, ausgegeben.

Deutscher Monatsbund. Ortsgruppe Halle a. S. In der letzten Sitzung berichtete ein Mitglied über die Schrift des Dr. med. A. Oschmann, „Geist, Hypnotismus, Wahngeheilung, Kräftige Suggestion“ und zwar über die kritische Suggestion. Eine sehr lebhaft angeregte Aussprache folgte. Nächste Sitzung Montag, den 13. Dez., 8½ Uhr im Weidhof, Eingang Kaulenberg. Tagesordnung: Vortrag eines Mitgliedes: „Die lebendigen Toten und die tot Lebendigen“. Freie Aussprache. Gäste willkommen.

Der hier neu begründete Calvinverein, dem eine Anzahl Mitglieder der reformierten Dönnemünde angehört, hielt am Mittwochabend im „Evangelischen Vereinshaus“ eine weitere Sitzung ab. Der Vorsitzende, Herr Konviktorialrat Josephson, machte die Erklärungen mit den Verhandlungen der Generalversammlung und den dort gefaßten Beschlüssen bekannt. U. a. vernahm die längste Zeit bei dem Thema: „Reichenerbarmung“. Die Zusammenkünfte der Vereinsmitglieder finden alle 4 Wochen statt. Der Beitritt weiterer Calvinfreunde kann jederzeit erfolgen, ein Beitrag wird nicht erhoben.

Deutscher Verwalter-Verein. Um die Aufnahmebedingungen der dem Verband noch fernstehenden Verwalter leichter zu gestalten, findet zurzeit eine Umarbeitung der Verbandsstatuten statt. Wie gegenwärtig der Verband mit seinen Vollstreckungsstellen wirkt, erleidet man aus den großen Beträgen, die er im Laufe dieses Jahres wieder an Sterbegeldern, Unterhaltungen an Jünglingen und Witwen gezahlt hat. Die laufenden Jahresunterstützungen sollen übrigens vom Januar 1910 ab erhöht werden.

Wahl eines Stellvertretenden Vorsitzenden im Verband demnach geplant. Bei der Vorstandswahl im hiesigen Bezirk wurden wiedergewählt Herr Otto Meyer als 1. Vorsitzender, neu gewählt als Stellvert. die Herren Scholz, Dahlheim und Füll. Seine diesjährige Weihnachtsfeier hält der Verein am Sonnabend, den 12. d. M., im großen Saale des Wintergartens ab, u. a. Besichtigung der Waisenkinder.

Provinzial Nachrichten.

Die Uneingigkeit der Bürgerlichen.

R. Bitterfeld, 10. Dez. (Privat-Tele.) Nachdem bei der Hauptwahl bereits ein Sozialdemokrat glatt gewählt worden war, kamen heute die beiden anderen mit den bürgerlichen Kandidaten in die Stichwahl. Gewählt wurden die beiden sozialdemokratischen Kandidaten, Geheißer für die Stadt und Maurer Schröder, mit einer Majorität von ungefähr heftig Stimmen.

An der Wahl beteiligten sich ca. 50 Prozent der Wahlberechtigten. Der Sieg, der den Sozialdemokraten auf 6 Jahre drei Mandate in dem Stadtbürgerlichen Kollegium sicherte, ist auf die schwache Beteiligung der Bürger infolge des in der bürgerlichen Partei herrschenden Zwiespalts zurückzuführen. Die Differenzen zwischen den Beamten und der Kaufmannschaft brachte die Aufstellung getrennter Listen und die heutige Niederlage.

Neuer Auslass des „B.“

R. Bitterfeld, 10. Dez. (Privat-Telegramm.) Heute nachmittags liegt der kleine Barzelen-Panikation „B.“ (1200 Kubimeter Inhalt) abermals zu einer Fahrt auf. Er freute zur Prüfung der Steuerung und der Motore zwei Stunden lang über der Umgebung von Bitterfeld. Die Manöver mit den Höhen- und Seitenruder gelangen vorzüglich. Den Flug leitete Oberleutnant Stellung.

Neuer Automobilberg.

Morsleben, 9. Dez. Das Soluquellensbergwerk Ernst Andreas zu Morsleben, Provinz Sachsen, hat in einer seiner ergiebigen Soluquellen einen sehr hohen Gehalt von Radium-Emanation gefunden. Der Fund ist durch eine Probe wissenschaftlicher Gutachten erster Autoritäten bestätigt. Sein Projekt, ein Bad großen Stils zu begründen, hat, wie man uns schreibt, bei der außerordentlich günstigen landwirtschaftlichen Lage und den ihm zu Gebote stehenden wissenschaftlichen und kommerziellen Hilfskräften schon gegenwärtig die beste Aussicht, sich binnen kurzem zu verwirklichen.

Ein neues Stadtdirektor.

Magdeburg, 10. Dez. In der Stadtbürgerlichen Sitzung kam es, wie die „Magd. Zit.“ berichtet, zu einer längeren Debatte über die Anwendungen für das städtische Drähter- und Befestigungswesen. Vorgesetzt wurden von allen Seiten als durchaus gut anerkannt, aber die erst auf 68.000 Mark und dann auf 56.000 Mark geschätzte Höhe des städtischen Zuschusses für das Drähter in diesem Jahr kam doch vielen Rednern recht bedenklich vor. Verantwortlich wurden für die Mindereinnahmen des Drähters die unglückliche Witterung im Sommer, die Laubzeit des Publikums, das lieber andere Kapellen besah, als die hiesige, die Benutzung auswärtiger Drähter durch unsere Gesellschaften und schließlich, wie nicht anders zu erwarten, auch die hohe Preise gemacht, die nicht Lokalpatriotismus genug besäße, um bei der Kritik die Leistungen des hiesigen Drähters und Theaters in der gehörigen Weise herauszustreichen.

Als man seinem Berge in dieser Weise Luft gemacht hatte, sah man in den lauten Bergen, 17.211 Mark „angebehrter Weile“ für das Drähter aus noch vorhandenen Sparmaßnahmen zu bewilligen.

— **Weißenfels, 10. Dez.** (Schulfragen.) In der öffentlichen Sitzung der Stadtbürgerlichen wurde gegen der Etat der höheren Mädchenschule auf 57.500 Mark und einen künftigen Zuschuß von 22.192 Mark festgesetzt. Jede Schülerin kostet die Stadt 158,50 Mark. Ein Antrag des Provinzialkollegiums, das bei der Gewährung eines Staatszuschusses davon abhängig machte, daß das Schulgeld der drei unteren Klassen von 80 auf 100 Mark erhöht wird, wurde von der Versammlung zurückgestellt, bis der Magistrat beim Provinzialkollegium angefragt hat, ob die drei Klassen nicht, wie an der Oberrealschule, als Vorjahrgänge geführt werden können. Der Antrag, die Schule schon vom 1. April 1909 (statt erst 1910) an als höhere Mädchenschule anzuerkennen, wodurch der abgehenden ersten Klasse schon das Zeugnis einer Vollanstalt zuteil würde, und die Gehälter bis zu diesem Zeitpunkt nachzubewilligen, wurde wegen beschlagnahmter der Versammlung auf die letzte Sitzung zwischen Weidmanns und Neuhäuser verlagert.

(1) **Weißenfels, 9. Dez.** (Von einem Polizeihund aufgefunden.) Im benachbarten Kötz war eine Magd unter geheimnisvollen Umständen verschwunden, alles Suchen war vergeblich. Schließlich wurde Gewerkschaftsmeister Thielemann mit seinem Polizeihund Sarras herangezogen, um die Vermisste mit Hilfe des Hundes zu suchen. Sarras wurden ein Paar Schuhe der Magd vorgehalten und sofort nahm der Hund die Spur auf und führte seine Begleiter auf den Heuboden, wo er durch einen großen Haufen Heu hindurch wollte; man fand dann auch wirklich die Magd hinter diesem Heu liegend vor. Da die Magd wohl Tage ohne jede Nahrung war, war sie sehr ermattet und konnte nicht vernommen werden. Die eingeleitete Untersuchung wird bald Licht in die dunkle Angelegenheit bringen.

(2) **Nordhausen, 10. Dez.** (Zu der Warnstedtischen Konkursfrage) ist heute wieder mitzuteilen, daß auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft jetzt auch die Ehefrau des in Unterhungenhaft befindlichen Steinheimers Warnstedt in Haft genommen worden ist.

(3) **Magdeburg, 10. Dez.** (Bezirksreisenbahnrat.) Die Wahlperiode des Bezirksreisenbahnrats für den Direktionsbezirk Magdeburg läuft Ende d. J. ab. Wie die „Magd. Zit.“ hört, wird sich diese Körperhaft nach erfolgter Renewal der Mitglieder und Stellvertreter für die Wahlperiode 1910-1912 in außerordentlicher Sitzung gemeinsam mit dem Bezirksreisenbahnrat Ernst. Halle vornehmlich im Monat Februar nächsten Jahres in Erfurt neu konstituieren und die Wahl der Ausschussmitglieder und der Mitglieder für den Landesreisenbahnrat vornehmen.

(4) **Burg b. Magdeburg, 9. Dez.** (Eisenbahnunfall.) Ein junges Mädchen von hier, namens Helene Eibcke, verunglückte vor einigen Tagen auf dem Kleinbahnstrecke Ziebar dadurch, daß es bei dem Verlaufe, auf einen Ikon in der Fahrt begriffenen Zug aufzupringen, abgestiegen ist. Das Mädchen erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß es jetzt an den Folgen derselben stirbt.

(5) **Langelnha, 9. Dez.** (Ein Lumnat) will Langelnha einrichten. Vor einigen Jahren hat die Stadt in der Wolfstraße zwei Doppelhäuser gebaut, die zu Offiziers-Wohnungen benutzt werden sollten. Das eine davon wird jetzt als Familienpensionat des hiesigen Regimentsmajors eingerichtet und soll bereits zum 1. April 1910 bezogen werden. Die Stadtbürgerlichenversammlung

genehmigte einen dahingehenden Magistratsantrag — um bewilligte die 6000 Mark betragenden Kosten zu den notwendigen notwendigen Veränderungen.

• **Cisleben, 10. Dez.** Auf dem Volksfest der verunglückten gestrigen früh nach beendetem Nachhitt der Maschinenwärter Wilh. Brandt tödlich dadurch, daß er beim Herausgehen aus dem Schacht durch einen Scherhitt wieder in die Tiefe hinabstürzte. Eine Witwe mit zehn Kindern hielt an seiner Bahre.

• **Berlin, 10. Dez.** (Die städtischen Arbeiter) sollen hier als Weihnachtsbesonderheit ihren Wochenslohn erhalten, insgesamt ca. 5000 Mark.

• **Glauchau, 10. Dez.** (Der Brandflister) von Döberitz und Geraborn ist nun endlich gefunden. Der aus Bernsdorf kommende 22 Jahre alte Handarbeiter Alfred Ebert hat ein Geständnis abgelegt, in allen acht Fällen die Brände angelegt zu haben.

Letzte Nachrichten.

Die Weihnachtsferien des Reichstags.

□ **Berlin, 10. Dez.** (Privat-Telegramm.) Die Weihnachtstage heute während der Plenarsitzung der Senatorenkonvention zusammen. Man verständigte sich dahin, am Dienstag die Entscheidung über die Festsetzung der Sitzungen und dann nur noch über eine Interpellation zu den Arbeitsnachweiser zu verhandeln, um darauf am Donnerstag in die Weihnachtsferien zu gehen.

Vom Kalifornikahat.

H. Berlin, 10. Dez. (Melbung von Louis Firsich Telegr. Bureau.) Nach vierjährigen Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Vorständen des Kalifornikahats einerseits und Herrn Waldemar Schmidmann, sowie den Vertretern der Internationalen Agraristikompagnie andererseits, ist ein Vertrag zustande gekommen, dessen Perfektion davon abhängt, daß diejenigen amerikanischen Düngermittel, die seit dem 1. Juli d. J. außerordentliche Lieferungsverträge abgeschlossen haben, diese Verträge aufheben und in ein neues Vertragsverhältnis mit dem Syndikat eintreten, das ihnen gute Vorteile sichert. Das Syndikat hat die Option, den Vertrag auch ohne den Beitritt des Nord- und Südriffs per se zu lösen. Herr Schmidmann und die Herren Kempner, Stelmann und Emil Sauer vom Aufsichtsrat des Kalifornikahats, werden sich demnach nach Amerika begeben, um Verhandlungen mit den Käufern zu führen. Bis zum 3. Januar n. J. muß diesbezüglich ein definitiver Entschluß herbeigeführt sein.

Die wackelnden Regierungen gegen die Stände.

□ **Sternberg i. Meckl., 10. Dez.** Die Regierungen lehnen die Entgegennahme der Antwort der Stände auf die Verfassungsvorlagen als ungenügend ab und brechen Verhandlungen zurzeit ab, behalten sich aber die Wiederaufnahme bis spätestens zum nächsten Landtage vor, beharren auf der Repräsentativverfassung, erklären den Standpunkt der Landtage für annehmbar und daß bei der Wiedereröffnung der Verfassungsfrage im Reichstage ihren Bundesratsvollmächtigten nicht mehr wie bisher instruierten würden.

Geldbewilligung für Angekelltenwohnungen.

□ **München, 10. Dez.** Die Abgeordnetenkammer bewilligte heute zehn Millionen Mark zur Beschaffung von Wohnungen für Beamte, Arbeiter und Bedienstete der Verkehrsanstalten.

Oesterreich im Schnee.

H. Wien, 10. Dez. Aus allen Landesteilen werden kolossale Schneefälle gemeldet. Der Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr ist zum größten Teil gestört. Mehrere Eisenbahnhäuser sind im Schnee. Der Schneefall dauert unermüdet fort.

Verhaftung einer internationalen Einbrecherbande.

H. Budapest, 10. Dez. Die Polizei verhaftete in vergangener Nacht drei internationale Kaffeeinbrecher in einer Villa am Schwanenberge. Diese waren gerade dabei, Wertgegenstände und Geldbeträge fortzuschaffen. Nach heftiger Gegenwehr wurden sie Dingest gemacht.

Cook ist erledigt.

H. Newporl, 10. Dez. Cooks juristischer Beirat zieht sich zurück. Die Morgenblätter halten allgemein die Cook-episode für abgetan. Cooks Aufenthalt ist unbekannt.

Rußland ändert seine Politik gegenüber Japan.

— **Petersburg, 10. Dez.** Iswoltski teilte dem Konventionen Abgeordneten Kuznetski mit, Rußland habe mit Japan Verhandlungen über Abgrenzung der gegenseitigen Einflusssphären in Ostasien angeknüpft, doch diese Verhandlungen seien ins Stocken geraten. Eine Kriegsgefahr bestehe seiner Ansicht nach nicht. Derselben Meinung ist auch der Finanzminister Kozowzew. Trotzdem verbreitete sich das Gerücht, Iswoltski trete zurück. Die Haltung Rußlands Japan gegenüber werde geändert werden. Als mutmaßlichen Nachfolger Iswoltskis bezeichnet man seinen Gehilfen Sasajanno.

Leitung Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg, für den lokalen Teil: für Provinzialnachrichten, Gerüst und Handel Eugen Brinmann, für Ausland, Gerüst, Nachrichten und Sport: Erich Boldau, für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schauburg, für den Anzeigen- und Friedrich Endrulat, Druck u. Verlag von Otto Henckell.

Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfasst 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsbeilage“.